

Mit Solidaritätsbeitrag
für die LCP

3 USA VS. CHINA: DOLLAR GEGEN YUAN
International

6 VERSCHMELZUNG DER GEHEIMDIENSTE
BRD

8 AUSNAHMEZUSTAND BEDEUTET GEWALT GEGEN UNS
Frauen

12 DOPPELTER SCHLAG GEGEN GASTRONOMEN
Bremen

14 MEHR BULLENKONTROLLEN IM HAMBURGER OSTEN
Hamburg

16 ANSCHLAG GEGEN ANTIFA-KUNDGEBUNG
Baden-Württemberg

17 NUMMERNSCHILD FÜRS FAHRRAD
Berlin

18 200 JAHRE FRIEDRICH ENGELS
Kultur

Liebe Leserinnen und Leser,

es hat sich lange abgezeichnet, und nun, wo die Covid-19-Pandemie ihre zweite Infektionswelle in Deutschland erreicht hat, hat der deutsche Staat Ende Oktober zum zweiten Mal einen „Lockdown“ verhängt. Es ist in zweierlei Hinsicht anders als beim ersten Mal: Einerseits hat sich das Bild auf den Straßen mit Inkrafttreten der Maßnahmen nicht schwerwiegend verändert – es sind zwar etwas weniger Menschen unterwegs, aber kaum einer schließt sich noch freiwillig ein: Die Massen lassen nicht nochmal etwas derartiges über sich ergehen wie beim ersten „Lockdown“. Andererseits muss der Staat nicht alle Maßnahmen von damals wieder beschließen, weil viele ihre Gültigkeit durch die Normalisierung des Ausnahmezustands nicht verloren haben. Und so kann er auf diesen aufbauen und die Militarisierung, die Abschaffung demokratischer Rechte und besonders die Entwicklung des Polizeistaats vorantreiben. In diesem Sinne gehen wir in dieser Ausgabe genauer auf die Zusammenlegung der deutschen Geheimdienste als Teil dieser Entwicklung, der die revolutionäre Bewegung in der ganzen BRD zwingend mehr Aufmerksamkeit schenken muss, ein.

Was wir sehen, ist, dass der Ausnahmezustand eine schwindende Akzeptanz bei den Massen erfährt, und gleichzeitig von der herrschenden Klasse in großen Sprüngen vorangetrieben und verschärft wird. Das führt zu einer deutlichen Zuspitzung der Widersprüche, und das werden wir diesen Winter noch zu Sehen bekommen. Was zudem nicht vergessen werden darf, ist, dass wir uns immer noch in einer tiefen ökonomischen Krise des Imperialismus befinden, die noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Dementsprechend wird die Wut der Massen und

der Wille zur Organisation weiter zunehmen. Und wenn die Revolutionäre ihre Arbeit nicht richtig entwickeln, werden diese Wut und dieser Wille zwangsläufig nicht-revolutionäre Bahnen finden.

Als zusätzlichen Beitrag publizieren wir in dieser Ausgabe einen kurzen Bericht über die Situation der in der Liga der armen Bauern (LCP) organisierten armen und landlosen Bauern in Rondonia, Brasilien. Dort griff der Staat ein Camp der LCP Anfang bis Mitte Oktober an, vertrieb und erniedrigte die Bewohner, was aber dem Kampf der Bauern in keinsten Weise ein Ende setzt. Die Genossen führen den heroischen Widerstand fort und dienen uns als Beispiel in diesen stürmischen Zeiten.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

USA VS. CHINA: DOLLAR GEGEN YUAN

In den letzten Jahren kam es immer wieder zu hitzigen Situationen zwischen den USA und China. Handelskriege, Sanktionen oder andere Maßnahmen wurden von der einen Seite gegen die andere begonnen oder erlassen, und vor allem die Präsidentschaft von Donald Trump gilt als großer Anheizer dieses Konfliktes. Die Vereinigten Staaten und China stehen als imperialistische Länder in einem Widerspruch zueinander, wie jedes imperialistische Land in einem Widerspruch zu seiner Konkurrenz steht.

Jedoch handelt es sich bei den USA und China keineswegs um zwei imperialistische Konkurrenten auf Augenhöhe, auch wenn die Darstellung der Sache nicht selten in genau diese Richtung geht. Fakt ist, dass die USA nach wie vor die einzig hegemoniale Supermacht auf der Welt sind. Und das trotz des Aufstieges von China in den letzten Jahrzehnten und trotz all der Rückschläge, die der Yankee-Imperialismus, insbesondere auch in den letzten Monaten der Überproduktionskrise, hat einstecken müssen. So viel zum ungleichen Kräfteverhältnis, das innerhalb dieses Konfliktes besteht. Nichtsdestotrotz stehen die USA vor einem Problem, was sich mit der Überproduktionskrise noch einmal um ein Vielfältiges vertieft hat. Nicht Donald Trump ist die Ursache dieses Problems und des resultierenden Konfliktes, wie oft behauptet, nicht, dass er ein Rassist ist, sondern die Interessen des Yankee-Imperialismus, und so hat das, was Trump in diesem Bezug gemacht hat, auch einen Sinn und dient den Interessen der USA. Das bedeutet gleichzeitig auch, dass der frisch gewählte US-Präsident Joe Biden in diesem Bezug nichts ändern wird, sondern die Agenda des Yankee-Imperialismus weiter durchsetzen, was mittlerweile auch einige bürgerliche Medien in den Vereinigten Staaten erkannt haben.

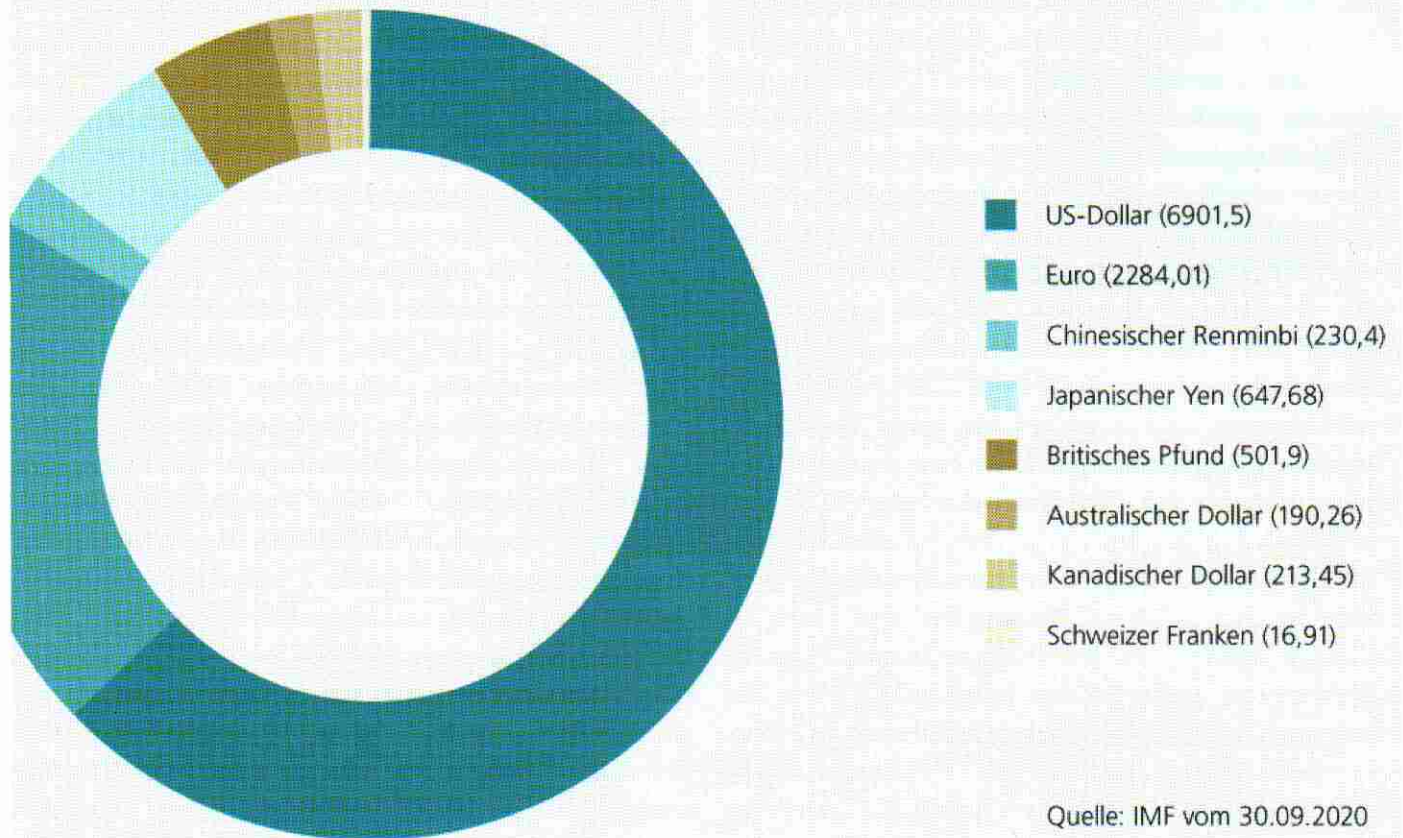
Um den Konflikt zwischen China und den USA korrekt analysieren zu können, ist es fundamental wichtig, zu schauen, welche Rolle der Dollar auf der Welt spielt. Der Dollar ist die weltweit wichtigste und mächtigste Währung. Er ist die weltweite Leit-, Transaktions- und

Reservewährung und die mit Abstand meist gehandelte Währung der Erde. Viele Rohstoffe wie beispielsweise Erdöl werden in Dollar gehandelt. Die gesamte Weltwirtschaft, und das heißt auch alle anderen Länder auf der Welt, befinden sich in einer gewissen Abhängigkeit zur Währung der Yankees. So heißt das gleichzeitig, dass der Dollar und seine internationale Bedeutung eine tragende Stütze sind, wenn es um die hegemoniale Stellung der Vereinigten Staaten geht. Verliert der Dollar an Bedeutung, verliert der Yankee-Imperialismus an Macht. Als die Überproduktionskrise begann, war eine der ersten Reaktionen des Yankee-Imperialismus, mehr Geld zu drucken. Was bei anderen Währungen eine enorme Inflation ausgelöst hätte, war in diesem Fall aufgrund der internationalen Bedeutung und der Abhängigkeit anderer Länder von ihm kein direktes Problem. Doch die Grundlage, um die Bedeutung des Dollars aufrechtzuerhalten, ist unter anderem der US-Markt, der größte Binnenmarkt eines einzelnen Landes der Welt. Dass die Märkte der Vereinigten Staaten ruhig und stabil bleiben, hängt mit den Schulden zusammen, die die USA gemacht haben. Der US-Nachrichtensender CNN schrieb dazu:

„Die Märkte flippen wegen der US-Verschuldung aus verschiedenen Gründen nicht aus. Erstens sind diese Ausgaben vorübergehender Natur und haben Notfallcharakter. Zweitens ist der US-Dollar nach wie vor die wichtigste internationale Reservewährung, und der US-Finanzmarkt ist der tiefste und größte der Welt. Das sind enorme Vorteile, die die Nachfrage nach US-Schulden hoch halten. Drittens ist es im Moment extrem billig, Kredite aufzunehmen. Die US-Notenbank hat die Zinssätze auf fast Null gesenkt - und Ökonomen gehen davon aus, dass sie bis 2022 dort bleiben werden. ‚Das jagt uns nicht in die Luft - weil die Zinssätze so niedrig sind‘, sagte David Kelly, Chief Global Strategist bei JPMorgan Funds.“

Das heißt zum einen, dass die Ausgangssituation der USA mit der Macht des Dollars gut ist und die notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, um die Situation vorübergehend in den

Währungsreserven nach Währung



Griff zu bekommen und den Ball flach zu halten. Es handelt sich aber nur um eine Frage der Zeit, bis ihnen diese Sache vollkommen um die Ohren fliegen wird.

An genau dieser Stelle wittern die chinesischen Imperialisten ihre Chance. Was für China auf der Tagesordnung steht, ist in erster Linie, den Binnenmarkt zu entwickeln. Hierfür gab die chinesische Führung kürzlich die Anleitung im aktuellen Fünfjahresplan (2021-2025) für die chinesische Wirtschaft. Dafür entwickelten die chinesischen Imperialisten ein Konzept, das sie den „Doppelten Wirtschaftskreislauf“ nennen. Der chinesische Ökonom Wang Dan von der Hang Seng Bank erklärt dieses Konzept folgendermaßen:

„Der erste der beiden Kreisläufe bezieht sich auf die inländische Wirtschaft. Chinas Führung möchte

sie stärken. Das gilt für die Produktion, also das Angebot, und für den Konsum, also die Nachfrage. Der zweite Kreislauf bezieht sich aufs Ausland, auf ausländische Märkte.“

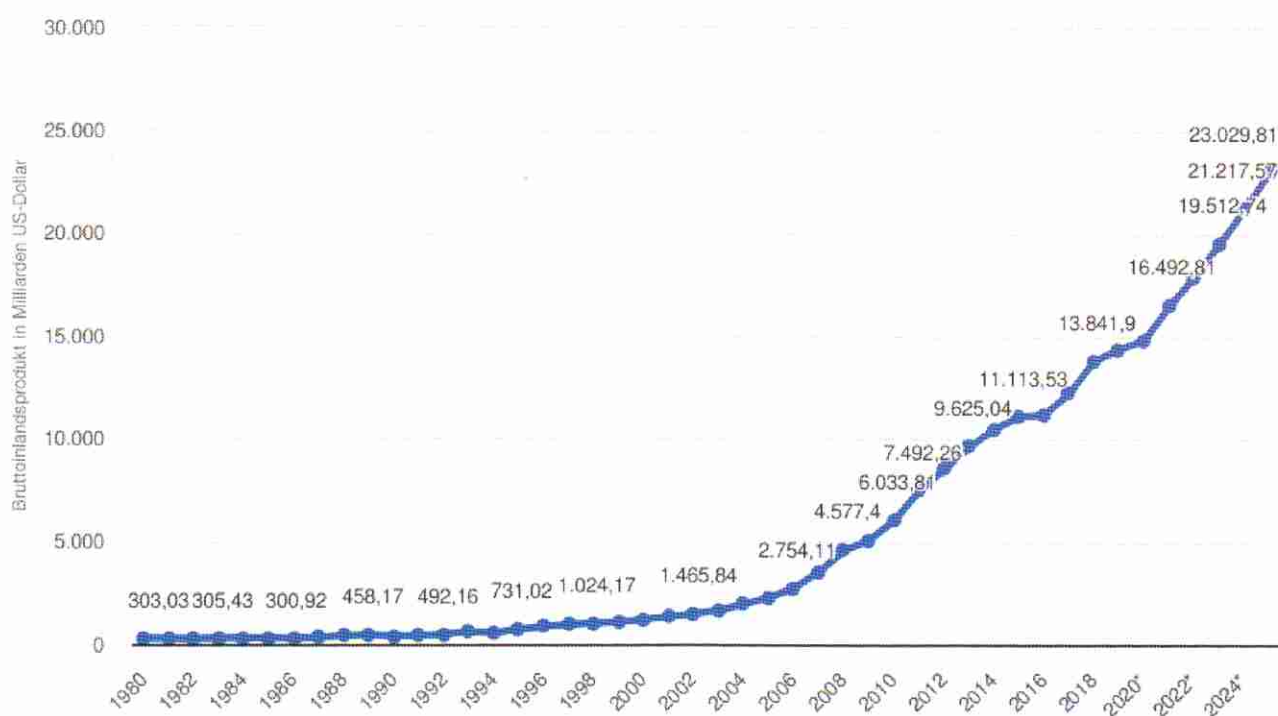
Heißt also, dass im Vordergrund steht, einen starken und stabilen Binnenmarkt zu schaffen, der von ausländischem Kapital so unabhängig wie möglich ist. Neben diesem soll aber auch die Exportstärke Chinas bestehen bleiben. In diesem Bezug konnten von Seiten Chinas schon Erfolge erzielt werden. Im September veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen Artikel mit dem Titel „China erstmals größter deutscher Exportkunde“, in dem sie schrieb: „Die Abhängigkeit der deutschen Exporteure vom China-Geschäft ist so groß wie nie zuvor: Erstmals in einem Quartal verkauften sie mehr Waren dorthin als in Amerika und jedes andere Land der Welt, weil sich die Volksrepublik schneller von der Corona-

Krise erholt.“ – was eine allgemeine Tendenz beschreibt, die sich entwickelt hat. Diese Entwicklung des Marktes ist mit den Währungen – wie in Bezug auf den US-Markt in Verbindung mit dem Dollar schon beschrieben – direkt verknüpft. Schafft China einen starken Markt, der internationalen Belang hat, das heißt auf dem viel gekauft und gehandelt wird, wächst die Rolle der chinesischen Währung Yuan. So wird der Dollar in seiner internationalen Rolle gefährdet und somit auch die Vormachtstellung der USA angegriffen. China folgt so seinem Interesse, als imperialistische Macht aufzusteigen, seine Abhängigkeit von ausländischem Kapital und dem Dollar zu überwinden und seinen Konkurrenten USA zu schwächen. Eine Sache, die die Yankees unter keinen Umständen zulassen können und werden, völlig egal, wer im Weißen Haus sitzt.

Es zeigt sich, wie sich die Widersprüche zwischen den USA und China weiter

zuspitzen und sich, befördert durch die Überproduktionskrise als der Teil der allgemeinen Krise des imperialistischen Systems, ein Sprung entwickelt. Dennoch ist noch einmal zu betonen, dass der Yankee-Imperialismus und der chinesische Imperialismus nicht auf einer Stufe stehen und sich dieser Konflikt nicht auf Augenhöhe abspielt. Die USA sind die einzig hegemoniale Supermacht, die existiert. Es wäre falsch zu behaupten, dass es heute ein Land gibt, das die USA tatsächlich herausfordern kann - der Einzige, der das auf militärischem Gebiet (aber in keinem Fall auf ökonomischem) tun kann, ist der russische Imperialismus. Aber heute ist nicht die Ewigkeit, die Sachen entwickeln sich schnell und in Sprüngen, und was in Zukunft sein wird, bleibt weiter abzuwarten. Es gibt aber eine einschlägige Tendenz, die sich abzeichnet. Und die ist, dass die Yankees untergehen. •

China: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2019 und Prognosen bis 2025 (in Milliarden US-Dollar)



VERSCHMELZUNG DER DEUTSCHEN GEHEIMDIENSTE

Am 7. November feierte das Bundesamt für Verfassungsschutz – der Inlandsgeheimdienst der BRD – seinen 70. Geburtstag. Das größte Geschenk zum Siebzigsten machte die Bundesregierung dem Geheimdienst aber schon im Vorhinein. Wenige Wochen zuvor beschloss die Regierung, dass staatliche Geheimdienste ab sofort bei Messengerdiensten wie WhatsApp oder Telegram mitlesen dürfen. Ein großer Schritt, der in Richtung Massenüberwachung vorgeprescht wird, und eine Waffe, die den Geheimdiensten, insbesondere der politischen Polizei – bestehend aus Verfassungsschutz, LKA's und BKA (bzw. deren „Staatsschutz“-Abteilungen) – an die Hand gegeben wird. Damit aber noch nicht genug. So gestattet das Bundesinnenministerium zukünftig einen engeren Austausch und eine tiefere Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Geheimdiensten des deutschen Staates, vor allem zwischen Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst (MAD). Eine Entwicklung, die nicht neu ist, aber die Sache gewissermaßen auf einen neuen Hochpunkt treibt.

Die Trennung der Geheimdienste, sowie auch die Trennung von Geheimdiensten und Polizei, spielten nach der Zeit des deutschen Faschismus und in den Jahren des Aufbaus der BRD eine wichtige Rolle. Der Verfassungsschutz war 1950 der erste staatliche Geheimdienst auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, der von den Besatzungsmächten im Westen zugelassen worden war. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der sogenannte „Polizeibrief der Alliierten“ vom 14. April 1949, der das sogenannte „Trennungsgebot“ beinhaltet. Dieses besagt, dass eine „...Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten“ eingerichtet werden darf. Polizeiliche Aufgaben dürfen von dieser „Stelle“ allerdings nicht übernommen werden. Im Grundgesetz ist das „Trennungsgebot“ nicht direkt verankert, da es nach den Endverhandlungen zur deutschen Verfassung formuliert worden ist. Allerdings ist es laut Bundesverfassungsgericht aus dem Grundgesetz zu lesen. Tatsächlich bezieht sich das „Trennungsgebot“ in seinen Ursprüngen in der Hauptsache auf die Trennung von Polizei

und Geheimdiensten. Dennoch spielte es eine Rolle, als neben dem Verfassungsschutz später die anderen beiden deutschen Geheimdienste, der Bundesnachrichtendienst (BND) und der Militäргеheimdienst MAD ins Leben gerufen wurden. Schließlich hatte es seinen Grund, dass das Aufgabenfeld des Verfassungsschutzes als Geheimdienst nicht einfach ausgeweitet wurde, sondern zwei weitere Geheimdienste gegründet worden sind. So besteht ein direkter Zusammenhang zwischen diesen verschiedenen Punkten, der sich auch in der Praxis immer wieder gezeigt hat.

Schon 2007 entfachte der damalige Innenminister und heutige Präsident des deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble von der CDU, eine Diskussion zur Aufhebung des „Trennungsgebotes“ und damit eine intensivere Zusammenarbeit der Repressionsorgane des deutschen Staates; verbunden damit, dass die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste aufgehoben werden soll. Eine Sache, die jeglichen Grundsätzen des Rechtsstaates zuwiderläuft. Die Diskussion flachte ab und Stimmen, die die Aufnahme des Trennungsgebotes ins Grundgesetz forderten, wurden lauter. Geschehen ist das bis heute nicht – ganz im Gegenteil. Stattdessen wurde im Stillen und mit Rechtfertigung durch die angeblich gestiegene Gefahr durch islamistischen Terror und Rechtsextremismus mehrere Maßnahmen durchgesetzt, in deren Lichte auch die aktuellen stehen. Und das teilweise sogar schon, bevor Schäuble seine Forderungen 2007 stellte. Bereits seit 2004 besteht das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), in dem insgesamt 40 Behörden, vom Zoll über Bundes- und Landespolizeien bis zu den Geheimdiensten, zusammenarbeiten. Hier sitzen also schon seit Jahren alle Repressionsorgane des deutschen Staates gemeinsam an einem Tisch, obwohl sie doch getrennt sein sollten. Diese Sache wurde 2018 mit den neuen Polizeiaufgabengesetzen in den verschiedenen Bundesländern weiter vertieft. Plötzlich war die Polizei in einigen Bundesländern dazu befugt, massive Überwachungsmaßnahmen anzuwenden, wenn nur ein loser Verdacht bestand, während der Verfassungsschutz Einblicke in

polizeiliche Datenbanken erhielt und seitdem auf die Vorratsdatenspeicherung zugreifen darf. Verfassungsrechtler und sogenannte Experten sprachen damals auch von einer „Verpolizeilichung des Nachrichtendienstes“ und einer „Vernachrichtendienstlichung der Polizei“. 2019 stellte ein parlamentarisches Kontrollgremium des Bundestages, das damit beauftragt war, die Arbeit des MAD in Fragen der Bekämpfung von Rechtsextremismus in den Reihen der deutschen Armee zu kontrollieren, Fehler fest. Dazu forderte das Gremium eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und MAD, was zu einer sogenannten Reform des MAD führte. Die zentrale Maßnahme der Reform war, dass der leitende Beamte des Verfassungsschutzes, Burkhard Even, zum Vizepräsidenten des MAD erklärt wurde. Außerdem wurde die Arbeitsgruppe „Reservisten“ gegründet, die sich aus MAD und Verfassungsschutz zusammensetzt. Und jetzt, ziemlich genau ein Jahr später, folgte der nächste Schritt und die beiden Geheimdienste verschmelzen noch weiter. Ganz konkret heißt das, dass der Militärische Geheimdienst, also das Militär des deutschen Staates, Zugriff auf zivilrechtliche Datenbanken bekommt und auf Grundlage dieser Daten handeln kann. Auch jetzt ist die ineffektive Arbeit des MAD gegen sogenannte Rechtsextreme in der Bundeswehr der vorgeschobene Grund. Und auch jetzt sind personelle Umwälzungen in der Führungsetage des MAD erfolgt. Christof Gramm, der Chef des MAD, wurde von ganz oben angeordnet ersetzt. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer verkündete im September, dass sie und Gramm sich auf seinen Rücktritt geeinigt hätten. Ob die „Einigung“ wirklich so harmonisch stattfand und Gramm freiwillig wegen den Schlagzeilen, die die Bundeswehr wegen Rechtsextremismus machte, zurücktrat, ist unklar. Denn in dieser Hinsicht ist vor allem interessant, was Gramm vor seiner Karriere beim MAD gemacht hat. Er ist Jurist mit der Spezialisierung auf Verfassungsrecht und hat sogar drei Bücher zum Thema Verfassungsrecht geschrieben. Dass ein Verfassungsrechtler nicht der richtige Mann ist, wenn es darum geht, die Verfassung zu brechen und zwei Geheimdienste weiter zusammenzuführen, liegt nahe. Sein Job wurde jetzt von Martina Rosenberg übernommen.



Seit 2000 hatte sie verschiedene Tätigkeiten in der Bundeswehr inne, unter anderem als Geheimschutzbeauftragte. 2006 wechselte sie in das Verteidigungsministerium, wo sie leitende Positionen bekleidete und bis jetzt dort arbeitete, bis sie vom Verteidigungsministerium, das dem MAD übergeordnet ist, direkt in das Chefamt des Militärgeheimdienstes gesetzt wurde. So installiert das Verteidigungsministerium eine vertraute Person an der Spitze des MAD, um die Regierungsbeschlüsse umzusetzen.

Was mit alledem vorangetrieben wird, ist die Militarisierung der Geheimdienste des deutschen Staates. Die politische Polizei stattet den Militärgeheimdienst und damit die Streitkräfte des deutschen Staates mit wichtigen Informationen aus und parallel dazu wird die Überwachung der Massen und der revolutionären Bewegung vereinfacht. Es wäre eine große Illusion, zu glauben, dass diese Sachen nicht vorher auch schon gemacht worden sind, denn wenn es darum geht, ihre Diktatur zu schützen, ist der Bourgeoisie alles recht. Dennoch ist es jetzt offiziell und vollkommen legal. Eine solche Vereinheitlichung der Geheimdienste hat es nicht einmal in der Zeit des deutschen Faschismus gegeben und die Trennung von Polizei und Geheimdiensten war bei Staatsgründung der BRD als eine Grenze deklariert worden, die nicht überschritten werden dürfe. Polizeistaatliche Methoden und Überwachung werden von der herrschenden Klasse in diesen Zeiten weiter nach oben auf die Tagesordnung gesetzt, und der Widerspruch zwischen Unterdrückten und Unterdrückern spitzt sich zu. •

IHR AUSNAHMEZUSTAND BEDEUTET GEWALT GEGEN UNS

Wie jedes Jahr findet am 25. November der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen statt. Die Rote Post hat schon öfters über Gewalt gegen Frauen und auch über den 25. November geschrieben. Aber dieses Jahr ist es noch dringender als zuvor, darüber zu schreiben, was den Frauen widerfährt, denn mit der sogenannten „Coronakrise“ hat die Gewalt gegen uns ein neues Ausmaß gefunden.

Seit Jahren steigt die Zahl der angezeigten Fälle von partnerschaftlicher Gewalt. Waren es 2014 noch 126.230 Taten, lag die Anzahl 2019 schon bei 141.792. Auch wenn Delikte wie Freiheitsberaubung und Zwangsprostitution erst seit 2017 unter „partnerschaftliche Gewalt“ fallen, sehen wir doch einen starken Anstieg auch im Allgemeinen. Über 81% der Opfer sind weiblich, das bedeutet in konkreten Zahlen: fast 115.000 Male haben Frauen 2019 Gewalt durch ihren (Ex-)Partner zur Anzeige gebracht. Die Dunkelziffer der Taten wird wie immer auf um ein Vielfaches mehr eingeschätzt.

Mit dem Beginn des Ausnahmezustandes wurde die Situation für viele Frauen von heute auf morgen drastisch verschlechtert. Und das, obwohl z.B. Zahlen aus China zeigten, dass mit einem Ausnahmezustand und einer Ausgangssperre die Gewalt an Frauen in den eigenen vier Wänden zunimmt. Nur als ein Beispiel: Es war öffentlich bekannt, dass in einer chinesischen Stadt im Februar diesen Jahres mehr als dreimal so viele Fälle von häuslicher Gewalt wie im Februar 2019 angezeigt wurden. Dass häusliche Gewalt in Zeiten der Krise zunimmt, ist kein Geheimnis. Trotz bestürzter Worte der Familienministerin Griffey wurde nichts unternommen, stattdessen wurde auch hier in der BRD auf „Social Distancing“ beharrt, was konkret bedeutete, dass viele Frauen mit dem Täter eingesperrt wurden.

Lange war es unklar, wie sehr die Zahlen der Taten sich erhöhen würden. Jetzt wurde eine Studie der Hochschule für Politik in München veröffentlicht, die online 3800 Frauen zu ihren Gewalterfahrungen während der Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr befragte. Die Ergebnisse wollen wir hier einmal vorstellen:

Eine von 30 Frauen berichtete, dass sie körperliche Auseinandersetzungen mit ihrem Partner hatte. Aber auch psychische Gewalt wurde häufig genannt. Eine von 20 Frauen gab an, dass ihr Mann ihre sozialen Kontakte regulieren würde und eine von 25 Frauen fühlte sich im Allgemeinen von ihrem Mann bedroht. Auch gaben viele Frauen an, dass sie nur mit Einwilligung ihres Partners das Haus verlassen durften. Auch die sexuelle Gewalt stieg an, so wurde eine von 25 Frauen vergewaltigt. Das alles steht im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand und der damit verhängten Ausgangssperre:

- Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass sich das Vorkommen physischer Auseinandersetzungen mit dem Partner während der Quarantäne zuhause mehr als verdreifachte.
- Finanzielle Sorgen oder ein Arbeitsplatzverlust verfünffachten dieses sogar.
- Verlor einer der beiden Partner seinen Job oder ging in Kurzarbeit, verdoppelte sich die Gefahr einer körperlichen Auseinandersetzung.
- Waren noch Kinder unter 10 Jahren mit im Haushalt, verdreifachte sich die Wahrscheinlichkeit zu häuslicher Gewalt.

Was auffällt bei diesen ganzen Faktoren ist, dass es sich vor allem um Probleme handelt, die unsere Klasse betreffen. Wir sitzen während der Quarantäne bzw. einer Ausgangssperre mit unseren Kindern in einer viel zu kleinen Wohnung fest. Viele von uns haben ihren Job verloren oder wurden in Kurzarbeit gezwungen, finanzielle Sorgen führen dafür, dass wir nicht mehr wissen, wie es weiter gehen soll. Die Situation zuhause ist angespannt und entlädt sich in Gewalt gegen die Frauen und Kinder.

Aber was wurde zu unserem Schutz getan, wenn das Problem doch von Anfang an offensichtlich für die bürgerlichen Politiker war? Es wurde im Großen und Ganzen nichts unternommen, um uns zu schützen. Viele Frauen hatten nicht die Möglichkeit, sich mit anderen Frauen auszutauschen und sich so Hilfe zu holen. Wenn sie doch die Polizei riefen, konnten diese nicht den Mann aus der Wohnung verweisen aufgrund der Kontaktsperre. Und die Frauenhäuser waren vollkommen überfüllt, auch

wegen den neuen Hygieneverordnungen wie Abstandsregeln usw.

Nun, nach einer kurzen Lockerungsphase, wird der Ausnahmezustand wieder weiter verschärft. Und wieder wird nichts zum Schutz tausender Frauen unternommen. Was macht der bürgerliche Staat stattdessen? Statt dafür zu sorgen, dass z.B. die Hilfstelefone weiter ausgeweitet werden oder die fehlenden 14.000 Frauenhäuserplätze geschaffen werden, konzentriert sich der bürgerliche Staat darauf, all seine Repressionsorgane zu mobilisieren, um seinen Ausnahmezustand durchzusetzen. Auf einmal ist genügend Geld und Personal da, um die Spielplätze täglich zu kontrollieren, und spielende Kinder fortzuschicken. Auf den Straßen und in den Parks sind rund um die Uhr Polizeistreifen unterwegs, um Jugendliche davon abzuhalten, sich zu treffen. Die Bundeswehr wird eingesetzt, um unterstützend in der Kontaktnachverfolgung zu wirken, und hantiert dabei mit persönlichen Daten, die sie eigentlich gar nicht in den Händen haben dürften. Private Sicherheitsdienste werden vom Staat bezahlt, um uns zu kontrollieren. Das Ordnungsamt darf polizeiliche Aufgaben übernehmen und auch die Bundespolizei ist nun wie die normale Landespolizei im Einsatz. Alles kann auf einmal in Bewegung gesetzt werden, um den Ausnahmezustand durchzusetzen, die Massen in Schach zu halten und uns weiter zu unterdrücken. Aber unser Schutz ist nicht mal die kleinste Anstrengung wert?

Der Ausnahmezustand wird weiter verschärft, was für viele Frauen bedeutet, dass sie noch mehr

Gewalt ausgesetzt sind. Da jetzt vor kurzem die neue Studie zur partnerschaftlichen Gewalt veröffentlicht wurde, fühlt sich der bürgerliche Staat dazu verpflichtet, wenigstens den Anschein einer Besorgnis zu zeigen. Aber was wurde gemacht? Statt konkret und schnell Geld in Hilfsangebote für Frauen zu investieren, sind wir jetzt an jeder Haltestelle mit ihrer neuesten Aktion von „Stärker als Gewalt“ konfrontiert. Ganz im Rahmen des beworbenen Denunziantentums während des Ausnahmezustandes, wird jetzt darauf gesetzt, dass Nachbarn aufmerksam sind und die Polizei rufen. Aber das bringt in der Regel sehr wenig. Statt dass die Polizei schnell kommt, lassen sie sich bei häuslicher Gewalt gerne Zeit, wie auch eine junge Frau berichtete: *„In der Wohnung über mir schlug eines Abends der Mann seine Freundin, ich konnte die Hilfeschreie genau hören und auch, wie sie fiel. Ich rief dann die Polizei, weil ich dachte, dass sie helfen würde. Obwohl eine Polizeistation der Bundespolizei keine 100 Meter entfernt war, dauerte es über 20 Minuten, bis die Polizei kam. Und selbst dann ,konnten sie nichts machen‘, weil die Frau aus Selbstschutz log.“*

In Zeiten des Ausnahmezustandes ist es für die Polizei kein Problem, schnell vor Ort zu sein, wenn der Nachbar „Coronapartys“ meldet. Und auch die Bundespolizei darf die Aufgaben der Landespolizei übernehmen. Aber zum konkreten Schutz der Gesundheit und des Lebens einer Frau ist das nicht möglich? Diese Doppelzüngigkeit des bürgerlichen Staates ist nichts Neues und zeigt nur erneut, wo seine Prioritäten liegen. Es gilt für ihn, den Ausnahmezustand durchzusetzen, koste es, was es wolle, auch wenn es Frauenleben sind. •



Die Lösung der Bourgeoisie: mehr Polizei. Hilfe für Frauen: Null.



Lang lebe der Widerstand der (Liga dos Camponeses in Rondonia

Über die Angriffe des alten
von der LCP kontrolliert

Die Liga dos Camponeses Pobres (LCP), übersetzt Liga der armen Bauern, ist eine revolutionäre Bauernorganisation in Brasilien, die die armen und landlosen Bauern in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung durch den Großgrundbesitz und für die Agrarrevolution organisiert und führt. In verschiedenen Bundesstaaten Brasiliens entfalten die Genossen der LCP großartige Arbeit. Im Bundesstaat Rondonia, in der Ortschaft Santa Elina, führten die Genossen im Sommer diesen Jahres eine Landbesetzung durch und eroberten Land, das dem Volk durch Großgrundbesitzer gestohlen worden ist. Das Bild stammt von dieser Aktion.



MEXIKO

BRD



USA



KANADA



FRANKREICH



Revolutionäre auf der ganzen Welt reagierten auf das Verbrechen, das im Namen der Großgrundbesitzer durchgeführt wurde, und denunzierten es in etlichen

heldenhafte Bauern der LCP (Pobres do Luta) in Brasilien!

brasilianischen Staates auf die
en Gebiete im Oktober

Die großartige Arbeit, die die Genossen leisten, trifft den alten brasilianischen Staat hart, und er entfaltet massive Repression gegen die LCP. Zuletzt Anfang Oktober, als in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober die Militärpolizei begann, ein Camp der LCP in Rondonia weiträumig zu umzingeln und von der Außenwelt abzuschirmen. Bewohner des Camps kamen weder rein noch raus. Einige Tage nach der Isolation durch die reaktionären Kräfte veröffentlichten die eingesperrten Genossen ein kämpferisches Video, in dem sie den Angriff des Staates denunzieren und schwören, dass sie nicht aufgeben und ihr Land verteidigen werden. Im Hintergrund des Videos sind Kinder zu sehen, die immer wieder „Wir wollen Milch“ rufen, da mit der Blockade durch die Militärpolizei auch die Nahrungsmittelversorgung des Camps gestoppt wurde (Das Bild ist ein Screenshot aus dem Video der Genossen).



Einige Tage später, am frühen Morgen des 10. Oktober, eskalierte die Militärpolizei die Situation völlig und marschierte in das Camp ein. Die etwa 600 Familien, die im Camp lebten, wurden aus ihren Betten gerissen und auf einem zentralen Platz im Camp zusammengepfercht. Die Militärpolizei zeigte den Bewohnern dort ein Video, in dem der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro zu sehen ist und die Erlaubnis erteilt, landlose Bauern zu erschießen. Gegen Mittag wurden die Bewohner dazu aufgefordert, einige Habseligkeiten einzupacken und sich anschließend wieder auf dem Platz zu Versammeln. Die Militärpolizei begann damit, das gesamte Camp zu zerstören, zwang die Bewohner, in Viehtransporter zu steigen, fuhr sie kilometerweit aus dem Dorf heraus und setzte sie dann mitten auf der Straße aus. Bis heute fehlt von einigen Genossen jede Spur und unweit des Camps wurden in abgelegenen Teilen des Regenwaldes die Leichen von Campbewohnern gefunden.



CRACIA!

ador

Pobres do
de luta...

gratia!
Pobres-LCP

n der
ktionen.

DOPPELTER SCHLAG GEGEN GASTRONOMEN

Für die meisten Besitzer von Kiosken und Gastronomiebetrieben hat die Krise bereits bleibende Schäden hinterlassen. Nach einer kurzen Erholung vom ersten „Lockdown“ im Frühling sorgte das Alkoholausschanksverbot an Wochenenden in Innenstadtbereichen für massive Einbußen bei Kiosken. Angesichts der neuen Maßnahmen bangen Viele um ihre Existenz: Erst eine Sperrstunde, dann der zweite Lockdown. Die Mitte Oktober in Bremen verhängte Sperrstunde verbietet den gesamten gastronomischen Betrieb sowie jeglichen Alkoholverkauf zwischen 23 und 6 Uhr in der ganzen Stadt. Diese ohne gesetzliches oder medizinisches Fundament beschlossene Sperrstunde soll Gültigkeit haben, bis die 7-Tage-Inzidenz wieder unter 50 liegt. Zumindest im November tritt sie in den Schatten des „Lockdowns“, der für Gastronomen nur noch Außer-Haus-Verkauf erlaubt. Dass die Herrschenden nicht begründen können, warum genau diese Maßnahmen zum Infektionsschutz erforderlich sein sollen, ist kein Wunder. Das was beschlossen wird, ist Teil der Politik „Die Kleinen kaputtmachen, die Großen stärken“. Und das ist auch die allgemeine Resonanz, wenn man mit den Betroffenen über dieses Thema spricht.

Einbußen durch die Sperrstunde

„Seit ein bis zwei Wochen sind wir wieder bei [nur noch] 50% des normalen Umsatzes; die Leute sind vorsichtiger und haben keine Kohle mehr“, berichtet uns ein Kioskbetreiber im Steintorviertel. Abends sei durch die Sperrstunde viel weniger los, zumal es um 22 Uhr erst richtig losgehe und das Geschäft der Kioske hier nun mal vom Abendgeschäft lebe. „Viele werden sich bis Ende des Jahres nicht mehr erholen, da bin ich mir sicher. Die Mieten sind das große Problem im Viertel“. Ähnlich sind die Einbußen in einer Kneipe im Arbeiterviertel Gröpelingen. „Die liegen bei 60%, vor allem am Wochenende“, erzählt die Inhaberin. Die Besucher wären zudem zunehmend abgeschreckt von den regelmäßigen Besuchen durch Polizei und Ordnungsamt. „Ganz ehrlich – ich bin hochverschuldet. Ich halte den Laden nur am Laufen, weil das ein Familienbetrieb ist.“

Ein Monat ohne Einnahmen

Der „Lockdown“ im November wirft für Viele die Frage auf, ob diesen Monat überhaupt Geld in die Kasse kommt oder ob es sich gar nicht lohnt, aufzumachen, wenn man es denn darf. Ein Imbissbetreiber im Viertel, der in der Zeit aus der Fensterscheibe verkaufen wird, schätzt: „Mit 80% Einbußen musst du schon rechnen, das ist komplett Ende. Ohne Sitzplätze hast du keine Atmosphäre, die Leute wollen ja auch reden. Alle bestellen stattdessen über Lieferdienste und bleiben gleich zuhause. Wir müssen gucken, dass der Scheiß nur vier Wochen dauert, wenn die Scheiß-Regierung sagt, ‚wir wollen den Lockdown verlängern‘, können wir gleich dicht machen. Wenn die dann sagen, die machen den großen Lockdown, dann sind wir richtig am Arsch. Du weißt ja auch nicht, was auf dich zukommt, wir haben das ganze Lager voll mit Essen und Getränken, die müssen ja auch bezahlt werden.“ Dazu kommt, dass mit dem ersten „Lockdown“ Erfahrungen gesammelt wurden und die Erwartungen dementsprechend recht klar sind. So die Wirtin aus Gröpelingen: „Auf die erste Soforthilfe habe ich vier Monate gewartet und das war ‘ne Lachnummer, 2000 Euro haben wir bekommen. [...] Wir sind eine Fußballkneipe, bei Werder-Spielen kommen hier 80 bis 90 Leute zusammen, der Laden existiert seit 40 Jahren – das sind mehrere Generationen, die hier reinkommen, die dann wegbleiben. Ich glaube, dass der zweite Lockdown noch mehr kaputt macht. [...] Wir haben alle Existenzängste, so ist das hier. Beim ersten Lockdown hast du vom Amt gehört: ‚Dann schrauben Sie doch ‘ne Stufe höher, suchen Sie sich einen Nebenjob.‘ Das ist einfach nicht fair.“

Der interviewte Kiosk hatte in der Zeit des ersten „Lockdowns“ maximal 40% des normalen Umsatzes und wartete ebenso lange auf staatliche Hilfen, weshalb wie bei vielen anderen Schulden gemacht werden mussten. Die jetzt angekündigten staatlichen Hilfen sind auf den ersten Blick eine Ansage: Kleine Betriebe sollen bis zu 75% der Umsatzausfälle erstattet bekommen, Maßstab sei der Vorjahresmonat. Die Meinungen der Gastronomen dazu: Keiner wisse, wie das ablaufen solle, und wie und vom wem die Umsätze des Vorjahresmonats herangezogen werden sollten. Vertrauen in diese „75%“ gibt es von Anfang an

nicht. „So wie ich das sehe, glaube ich nicht mal daran“, erzählt die Wirtin zu den Hilfspgeldern und der Aufhebung des „Lockdowns“. „Ich hoffe einfach, dass ich im Dezember wieder öffnen darf, aber man hat den Gedanken im Hinterkopf, dass immer noch ein Monat hinten drankommen kann.“ Für Kneipenwirte ist der November ein Monat ohne Einnahmen, andere Gastronomen und Kioskbetreiber müssen zumindest mit Umsatzausfällen um die 75-80% rechnen.

Was nun?

Eine Klage einiger Gastronomen gegen die Sperrstunde wurde bereits zurückgewiesen. „Ich bin auch kurz davor, einen Anwalt zu organisieren, aber das würde ja auch monatelang dauern, bis das vor Gericht kommt. Normalerweise muss das Gesetz ja für alle gelten“, so der Kioskbesitzer. „Aber wir sind kein REWE; die haben zwei Tage gebraucht mit der Filiale am Hauptbahnhof, dann war die Sperrstunde da weg“. Gemeint ist die Aufhebung des Alkoholverkaufsverbots für den Bereich Bahnhof im Sommer. „Die Großen wollen die halt behalten und die Kleinen sollen langsam weg“. Die alteingesessenen und im Stadtteil beliebten Läden werden so oft durch die Filialen großer Ketten ersetzt. Auch andere Kleinbürger müssen um die Existenz ihres Geschäfts fürchten. Z.B. wurde die diesjährige „Corona-Ausgabe“ des Bremer Freimarkts kurz nach ihrer

Eröffnung schon wieder trotz äußerst niedrigen Besucherzahlen und freiem Platz wie sonst kaum wo geschlossen. Seien es wie hier Schausteller, oder die Kioskbesitzer und Gastronomen – durch die fehlenden Einnahmen haben sich viele so hoch verschuldet, dass sie nicht mehr alles zurückzahlen können und ihr Geschäft mit hohen Schulden zugrunde geht. Das bedeutet auch, dass viele in die Reihen der Arbeiterklasse rutschen werden.

Was tun?

Nichtsdestotrotz ist der ökonomische Kampf der Gastronomen gegen die Sperrstunde und die Einschränkungen im „Lockdown“ gerechtfertigt und wichtig. Die Aufgabe besteht darin, ihn mit dem politischen Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung zu verbinden. Das bedeutet in dieser Situation besonders, die Nutzung der Pandemie als Rechtfertigung für alle ihre Maßnahmen und als Vertuschung der ökonomischen Krise zu demaskieren, und gegen die Abwälzung ihrer Krise auf die Massen und ihren Ausnahmezustand zu kämpfen. Der Imbissbesitzer bringt es auf den Punkt: „Beim Senat und der Polizei hast du keine Chance. Aber willst du gegen die Staatsmacht kämpfen? Die Sache ist ganz einfach, alleine kannst du nichts, aber zusammen schaffst du alles. Eben: Die Massen macht's aus. Der Zusammenhalt ist das A und O, alles andere nützt nichts.“ •



Kundgebung von Gastronomen gegen die Sperrstunde auf dem Marktplatz

MEHR BULLENKONTROLLEN IM HAMBURGER OSTEN

Anfang Oktober hat ein Hochbahnwachmann seinen Hund auf einen Jungen in Billstedt gehetzt. Das ist kein Einzelfall: Seit dem von der „zweiten Welle“ und einem „neuen Lockdown“ die Rede ist, hat nicht nur die Bullenpräsenz in den Hamburger Arbeitervierteln zugenommen.

Seit Wochen ist in Billstedt am Bahnhof das sogenannte „Info-Mobil“ der Hochbahnwache stationiert. Dass die Hochbahnwachleute nicht nur zum Informieren vor Ort sind, hat sich spätestens dann bewiesen, als der Wachmann der Hochbahnwache ohne Grund die Leine seines Hundes locker ließ und der Hund auf einen Jungen los ging. Hätte der Hund keinen Maulkorb getragen, wäre der Junge gebissen worden. Gleichzeitig sind die Bullen vor Ort, doch die schauen bei dem Angriff nur zu. Als einer der Jugendlichen den Bullen erzählt, was passiert ist, ziehen diese unbeeindruckt wieder ab. In Gesprächen mit den Leuten im Viertel bekommen wir immer wieder ähnliche Fälle zu hören, beispielsweise wie ein Jugendlicher zu Boden gedrückt wurde, weil er die Maskenpflicht nicht eingehalten hat.

Gleichzeitig werden vermehrt Fahrkarten kontrolliert. Während beim „ersten Lockdown“ kaum Kontrollen stattfanden, sind jetzt ständig Kontrolleure in zivil gekleidet unterwegs, um die Leute im Berufsverkehr anzugreifen. Insbesondere werden die Kontrollen in den Arbeitervierteln durchgeführt, das heißt dort, wo es sowieso immer schwieriger für die Leute ist, das Geld für die Fahrkarte aufzubringen. Es scheint so, als wolle der HVV jetzt das Geld wieder reinholen.

Und das in den Vierteln, in denen die Zahl der Leute, die sich schlicht keine Fahrkarte leisten können, zugenommen hat. Bei Migranten wird dann besonders genau hingeschaut, und wenn sich jemand nicht ausweisen kann oder will, wird die Bundespolizei gerufen, um die Identität zu überprüfen. Für Leute, die keine Papiere haben, wird aus einer einfachen Fahrkartenkontrolle die Gefährdung ihres Aufenthalts.

Mitte Oktober gab es dann eine Großkontrolle der U-Bahnhöfe, bei dem wieder die Bahnhöfe in den Arbeitervierteln besonders ins Visier genommen wurden. Nicht nur wurden massiv die Fahrten kontrolliert, sondern auch die Maskenpflicht. Wenn die Maske mal verrutscht, bezahlt man dann ohne Vorwarnung bis zu 150€ Strafe. Die Hochbahnwachleute haben dabei mit der Polizei gemeinsame Sache gemacht und jede U-Bahn-Station wurde von der Polizei mit mehreren Mannschaftswagen besetzt.

Bereits im Frühling wurden die U-Bahn-Station Mümmelmannsberg von der Polizei besetzt und dort willkürliche Kontrollen gegen die Jugendlichen durchgesetzt, wie die Rote Post berichtete. Danach berichteten uns immer mehr Menschen von ihren Erfahrungen mit Polizeigewalt und willkürlichen, rassistisch motivierten Kontrollen durch die Bullen.

Seit Beginn der Pandemie wird „Corona“ als Vorwand benutzt, um diese willkürlichen Kontrollen zu verstärken. Es geht ihnen nicht darum, die Menschen in den Vierteln zu schützen, sondern darum, ihre eigene Stärke zu demonstrieren. Sie wollen die Leute einschüchtern,



Schikane in Mümmelmannsberg

damit die Leute besonders in dieser Situation nicht rebellieren. Sie tun momentan alles, um die Viertel unter Kontrolle zu behalten. Gerade jetzt, zur sogenannten „2. Welle“, haben viele Leute immer weniger Verständnis für die Maßnahmen, die durch die Regierung getroffen werden. Wir dürfen uns nicht mehr treffen, keinen Sport mehr machen, nicht mehr an Kulturveranstaltungen teilnehmen, dürfen aber gleichzeitig weiter zur Schule und zur Arbeit gehen und uns dort der Ansteckungsgefahr aussetzen. Viele Schüler fragen sich, warum sie weiter zur Schule geschickt werden, während sie beim „1. Lockdown“ alles von zu Hause machen sollten. Angeblich sei die Ansteckungsgefahr doch nicht so hoch – das kommt, obwohl die Infektionszahlen ständig steigen.

Jetzt sollen auch Wohnungen kontrolliert werden dürfen. Der Hamburger Innensenator Grote hat sich erst vor kurzem dafür ausgesprochen, seine Staatsdiener auch in Wohnungen zu schicken, sollten sie einen Tipp bekommen. Das heißt, es wird von der Regierung gefördert, dass Nachbarn sich gegenseitig verpfeifen sollen, nur weil sich mehr als 10 Personen in einer Wohnung befinden. Gleichzeitig ist es dem Innensenator völlig egal, wenn wir in überfüllten Bahnen zur Arbeit fahren und der Chef selbst Risiko-Gruppen arbeiten lässt.

Nicht nur die Hochbahnwachleute werden als Hilfsbullen für verstärkte Kontrollen

eingesetzt, sondern auch die Bundeswehr jetzt in den Bezirksämtern, um die Kontakte der Infizierten ausfindig zu machen. Der Schritt, dazu überzugehen, die Staatsdiener in Camouflage bald auch auf der Straße gegen die Leute einzusetzen, scheint jetzt nicht mehr weit. Wir sollen uns schon mal daran gewöhnen, dass Soldaten die Behörden „unterstützen“.

Auch dieses Jahr an Halloween haben sie bewiesen, dass sie die Leute in den Vierteln nicht in Ruhe lassen, sondern ihre Präsenz noch verstärken und, nur wenn sie sich stark genug fühlen, Leute kontrollieren und alle, die ihnen nicht passen, festnehmen. Dass die Bullen ihre willkürlichen Kontrollen weiter durchziehen und verschärfen, liegt daran, dass sie immer mehr Befugnisse erhalten haben.

Sie rüsten auf in unseren Vierteln, verstärken ihre Präsenz, damit wir den Eindruck haben, es sei normal, dass sie uns kontrollieren und schikanieren. Aber wir wollen ihren „neuen Normalzustand“ nicht! Lasst uns ihre Schikane und ihre Polizeigewalt dokumentieren und veröffentlichen, damit sie wissen, dass sie nicht machen können, was sie wollen. Wir müssen selbst darüber berichten, was mit uns passiert. Damit wir nicht machtlos daneben stehen, müssen wir uns dagegen organisieren in unseren Vierteln. •



Die Hunde der Hochbahnwache...und ihre Köter

REAKTIONÄRER ANSCHLAG GEGEN ANTIFA-KUNDGEBUNG

Am 3. Oktober fand in Steinen, einer kleinen Gemeinde in Südbaden, eine Veranstaltung der AfD mit dem Titel „Bericht aus Berlin“ statt. Die Versammlung wurde in dem kleinen Ort von etwa 1000 Gegendemonstranten begrüßt, die den Zufahrtsweg zum Veranstaltungsort blockierten. Neben dem bürgerlichen Protest, der unter anderem von Kindergärten und dem lokalen Musikverein organisiert wurde, fand auch eine kämpferische antifaschistische Demonstration statt. Hier veröffentlichen wir ein kurzes Interview mit Marie, einer Aktivistin, die die Vorfälle in Steinen hautnah erlebt hat und uns darüber berichtet:

Rote Post: Du warst am 3. Oktober bei den antifaschistischen Protesten in Steinen gegen die Veranstaltung der AfD dabei. Kannst du uns kurz schildern, was dort passiert ist?

Marie: In dem kleinen Ort Steinen haben sich ca. 700 Protestteilnehmer versammelt, um den Zufahrtsweg zum Veranstaltungsort zu blockieren. Die Nachbarn vor Ort waren selbst erstaunt über den großen Protest, der von lokalen Vereinen und Kindergärten getragen wurde. Es sind unter anderem auch viele junge Menschen mit Antifa-Gruppen angereist, um den Protest vor Ort zu unterstützen. Es kam nicht nur zu bürgerlichen Protestaktionen, sondern auch

zu einer Antifa-Demonstration, welche einen sehr kämpferischen Ausdruck hatte. Es wurden sehr schnell Blockaden errichtet, sodass der Zugang zu dem Veranstaltungsort besetzt wurde. Immer wieder kam es dabei zu Situationen, in denen Unterstützer der AfD teils gewaltsam versuchten, sich Zutritt zu verschaffen.

Rote Post: Während der Kundgebung ist ein AfD'ler mit seinem Auto in die Menge hineingefahren. Kannst du uns mehr dazu erzählen?

Marie: Das war zuerst ein ziemlicher Schock für uns alle. Da fuhr auf einmal dieses Auto mitten in die Blockade, um sie zu durchbrechen. Dabei hat sich nur aus Glück niemand ernsthaft verletzt. Die Leute haben sich dann auch recht schnell von ihrem Schock erholt und das Auto wurde ordentlich demoliert. Später kam es dann noch zu einer ähnlichen Situation, in der der Freiburger Stadtrat Dubravko Mandic direkt vor die Blockade fuhr, um zu provozieren. Auch hier wurde schnell reagiert und sein Auto schwer beschädigt.

Rote Post: Was sagst du zur Berichterstattung in den bürgerlichen Medien über diesen Vorfall?

Marie: Ich fand die Berichterstattung ziemlich ernüchternd. Es wurde lediglich über eine „turbulente Szene“ oder über einen „Verkehrsunfall“ gesprochen. Allerdings handelte

es sich hierbei nicht nur um einen Unfall. Dieses Schwein raste in vollem Bewusstsein in die Menge und hat sein Auto als Waffe benutzt. Ähnliche Szenen konnten wir in den letzten Wochen ja auch mehrere Male in Deutschland beobachten. Wäre hier eine Person mit Migrationshintergrund in eine solche Menge an Menschen hinein gerast, hätte die Presse garantiert von einem Terroranschlag gesprochen. Doch hier haben lediglich lokale Medien berichtet, wobei dort der Fokus auf der Beschädigung des Autos lag und nicht auf dem feigen Angriff gegen uns. Man sieht hier auch gut, dass die bürgerlichen Medien nicht auf unserer Seite sind. Sie legen hier ihren Fokus mal wieder auf die Delegitimierung von antifaschistischem Protest, anstatt die Bevölkerung in Kenntnis zu setzen, zu welchen Mitteln die Faschisten greifen. •



NUMMERNSCHILD FÜRS FAHRRAD – ODER DOCH LIEBER MIT DER BAHN?

Pop-Up-Radwege, autofreie Straßen – da könnte man das Gefühl kriegen, dass Berlin eine fahrradfreundliche Stadt werden soll. Doch der Schein trügt. Die Berliner Polizeipräsidentin fordert seit Neustem eine Kennzeichnungspflicht auch für Radfahrer. Dieser Vorstoß reiht sich in einen gesellschaftlichen Umbau ein, der sich unter dem Vorwand des Ausbruchs des Corona-Virus vor unseren Augen vollzieht: Der Umbau zu einem Polizeistaat. Dass diese Idee nicht der Verkehrssicherheit dient, zeigt schon ihre eigene Unfallstatistik: „[...] 147.306 Verkehrsunfälle gab es 2019 in Berlin. An 75 Prozent davon waren PKWs beteiligt, an 10 Prozent LKWs. Nur an 3,9 Prozent der Unfälle waren Fahrräder beteiligt [...]“. Unfallflucht von Fahrradfahrern ist folglich alles andere als ein riesiges Problem. Solche Unfälle enden auch in der Regel zulasten der Radfahrer, sodass die Möglichkeit der Unfallflucht eines Radfahrers einem völlig absurd erscheint.

Autos haben auch ein Kennzeichen, und trotzdem ist Unfallflucht ein nicht seltenes, immer noch ungelöstes Problem. Bei jedem fünften Unfall wird Fahrerflucht begangen und davon wird auch nur ca. jeder dritte aufgeklärt. Das klingt nach verdammt wenig. Ein Kennzeichen hält also kaum einen vor Unfallflucht ab. Es schafft aber neue Probleme und viel unnötigen Aufwand.

3,17 Millionen Fahrräder in Berlin

Stell dir vor, diese Regelung wird umgesetzt. Entweder du hast selbst ein Fahrrad, oder deine Kinder, oder du hast Kollegen, die täglich mit dem Rad zur Arbeit kommen. Was würde das bedeuten? Die Fahrräder müssen dann alle angemeldet werden. Ob das auch Kinder und Jugendliche machen müssen, ist noch nicht klar. Berlin müsste so oder so einen gigantischen Verwaltungsaufwand auffahren, um alle Anmeldungen der Fahrräder erstmal zu verarbeiten. Wir alle wissen, wie langsam deren bürokratisches System ist und wie lange man auf etwas warten muss, wenn man etwas braucht; und laut einer Statistik von 2013 gab es damals in Berlin mindestens 3,17 Millionen Fahrräder, Tendenz steigend. Seit dem Ausbruch des Corona-Virus fahren mehr Menschen auch wieder Fahrrad, weil sie nicht eng an eng mit

anderen in der U-Bahn oder im Bus gequetscht sein wollen.

Überwachung

Was wirklich dahinter steckt, ist die seit Jahren lückenloser werdende Überwachung, mit der die BRD die Massen überzieht. Einerseits zeigen Politiker mit dem Finger verurteilend auf Chinas Entwicklungen im Bereich Gesichtserkennungssoftware, andererseits lecken sie sich schon die Finger danach, diese bei Bedarf auch hier einzusetzen. Bei S-Südkreuz wurde übrigens Gesichtserkennungssoftware auch schon in Berlin mit mäßigem Erfolg getestet. Die Überwachung öffentlicher Plätze nimmt seit Jahren stetig zu. Einer Anfrage an das Abgeordnetenhaus Berlin zufolge hat alleine die BVG zwischen 2012 und 2018 ihr Überwachungskamera-Arsenal von knapp 10.900 Kameras auf über 16.300 aufgerüstet. Zu den mobilen Polizeiwachen in Arbeitervierteln und zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren braucht man nicht mehr ausführen. Daran sehen wir einen sehr klaren Überwachungstrend, und jetzt soll man als Fahrradfahrer auch noch unter Generalverdacht gestellt werden.

Verkehrssicherheit lieber richtig machen

Würde der Berliner Senat sich für unsere Verkehrssicherheit wirklich interessieren, würde er Lösungen für fehlende Parkplätze suchen und für uns breitere Straßen bauen. Es müssten mehr Radwege gebaut werden. Egal ob man in Marzahn, Neukölln oder in Spandau wohnt, jeder Radfahrer kennt diese Radwege, die auf einmal mitten auf der Straße aufhören. Oder Radwege, auf denen zwischendurch Straßenlaternen stehen. Oder einfach nur völlig kaputt sind. Oder, wo einfach kein Radweg da ist, obwohl einer nötig wäre. Anstatt die richtigen Probleme anzupacken, schafft der Staat uns immer nur „gefühlte Sicherheit“ durch immer mehr und mehr werdende Überwachung. Für Probleme, die von Politikern verursacht werden, kann nicht immer das Volk zur Verantwortung gezogen werden, aber genau das wird es in diesem System. Wenn die Fehler machen, sind wir die, die es am Ende ausbaden müssen. •

200 JAHRE FRIEDRICH ENGELS

Am 28. November jährt sich die Geburt des großen Revolutionärs Friedrich Engels zum 200. Mal. In diesen Tagen halten die Kommunisten in der ganzen Welt das Bild eines großartigen Führers der Arbeiterklasse hoch, der an der Seite von Karl Marx den Grundstein für den siegreichen Kampf des Proletariats legte. Wenn wir an Engels erinnern, dann ist es wichtig, die ganze Lebendigkeit, den revolutionären Tatendrang und die volle Zuversicht in den Sieg des Kommunismus, die Engels mit seinem Werk ausstrahlte, hervorzuheben.

Friedrich Engels wurde 1820 im rheinischen Barmen als Sohn eines Fabrikanten geboren. Während des Aufwachsens in seiner bürgerlichen Familie begann er bereits in seiner Schulzeit, sich intensiv mit der Lage der Arbeiter in den Fabriken zu beschäftigen, und entwickelte früh Hass auf den Absolutismus in den europäischen Ländern. Nach einer Zeit als kaufmännischer Angestellter beschäftigte sich Engels ausführlich mit dem Studium der Philosophie, hauptsächlich der idealistischen Lehre Hegels. 1842 war Engels für die „Rheinische Zeitung“ tätig und lernte in dem Zuge ein halbes Jahr später deren neuen Redaktionsleiter Karl Marx kennen. Im Anschluss an diese Begegnung reiste Engels nach Manchester, um seine kaufmännische Lehre bei seinem mittlerweile im industriell viel fortgeschrittenen England aktiven Unternehmervater abzuschließen. Dort lernte Engels die Lebensbedingungen und das Elend der Arbeiterklasse kennen, begann, sich in den schmutzigen Vierteln der Arbeiter aufzuhalten, an Streiks und Meetings teilzunehmen und in ständigen Kontakt mit den Massen aus den Fabriken zu treten. Er studierte alle möglichen Dokumente zur Geschichte der Arbeiterklasse in England und entwickelte seine Aktivität in der englischen Arbeiterbewegung. Die Resultate seiner Erfahrungen und Beobachtungen in der damals fortgeschrittensten kapitalistischen Wirtschaft der Welt fasste er 1845 in dem wichtigen Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ zusammen. Lenin beschreibt Engels' Verdienst darin folgendermaßen: „Engels aber hat als erster gesagt, daß das Proletariat nicht nur eine leidende Klasse ist; daß gerade die schmachvolle wirtschaftliche Lage, in der sich das Proletariat

befindet, es unaufhaltsam vorwärtstreibt und es zwingt, für seine endgültige Befreiung zu kämpfen. Das kämpfende Proletariat aber wird sich selbst helfen.“

Mit diesen Einsichten kehrte Engels mit einem komplett anderen Standpunkt nach Deutschland zurück und stellte seine Tätigkeiten im Folgenden gänzlich in den Dienst der Arbeiterklasse. Die Zusammenarbeit mit Marx unter dessen Führung trug unmittelbar Früchte, und nach einer Reihe an bahnbrechenden neuen veröffentlichten



Werken wurden die beiden 1847 vom „Bund der Kommunisten“ zur Ausarbeitung des *Manifest der Kommunistischen Partei* beauftragt. Dieses gerade mal 30 Seiten lange Werk ist noch heute das Programm aller Kommunisten bis zum Kommunismus. Die Revolutionen 1848/49 in Europa trennten die beiden letztendlich nach den Niederlagen und zwangen beide, nach England zu migrieren. Bis 1870 lebte Engels in Manchester und stand mit Marx in fast täglichem Briefwechsel, dann zog er zu ihm nach London. In der gesamten Zeit nach 1849 kämpften beide weiter ununterbrochen in Theorie und Praxis für die Vereinigung und Organisierung der Arbeiterklasse, mit den Meilensteinen der Gründung der „Ersten Internationale“ 1864 und dem Erscheinen des ersten Bandes des „Kapitals“ 1867. Lenin fasste Marx' und Engels' Verdienste zusammen: **„Sie erzogen die Arbeiterklasse zu Selbsterkenntnis und Selbstbewußtsein und setzten an die Stelle der Träumereien die Wissenschaft.“** Nach Marx' Tod 1883 war Engels bis zu seinem Lebensende 1895 der alleinige ideologische Führer der Arbeiterklasse und der europäischen Sozialisten.

Der Name Engels ist mit dem Namen Marx untrennlich verbunden. In seiner Arbeit für die Revolution ließ er sich stets von Marx leiten, weil dieser den hauptsächlichen Beitrag in ihrer Arbeit leistete, und ordnete sich ihm unter. Damit lieferte er ein eindeutiges Beispiel gegen die damals aufkommende anarchistische Strömung in der Arbeiterbewegung, die jede Form der Disziplin oder Autorität ablehnte und gegen die er mit Marx konsequenten ideologischen Kampf führte. Engels sammelte selbst zahlreiche militärische Erfahrungen; so nahm er 1849 während der deutschen Revolution am bewaffneten „Elberfelder Aufstand“ als Artilleriekommandant und Leiter der Befestigungsarbeiten, und wenig später an der „badischen Revolution“ teil. Unter anderem diese Erfahrungen brachten Engels den Spitznamen „Der General“ ein.

Die Geschichte von Friedrich Engels zeigt außerdem, dass es nicht die *hauptsächliche* Frage ist, aus welcher Klasse man stammt, sondern der Standpunkt, für welche Klasse man Partei ergreift, entscheidend ist. Engels wurde als Kind eines Bourgeois geboren, wuchs unter bürgerlichen

Verhältnissen auf und war sein ganzes Leben durch das Privateigentum seines Vaters geprägt – kurz, er stammte aus der Klasse der Kapitalisten. Spätestens nach seiner Wiederkehr aus England 1844 stellte er sich hingegen fest und entschloss auf die Seite der Arbeiterklasse. Im *Manifest der Kommunistischen Partei* beschreiben Marx und Engels diese Erscheinung:

„In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.“

Engels stellte sein Leben in den Dienst der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution. Deshalb sehen wir in seinem Werk das Neue, das Junge, den Fortschritt und die glorreiche Perspektive auf eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Zahlreiche bürgerliche Schriftsteller und auch Revisionisten versuchen immer wieder, Engels als einen alten, bärtigen Mann aus dem vorletzten Jahrhundert, der sein Leben damit verbracht hat, ein paar schlaue Bücher zu schreiben, darzustellen. Deshalb heben wir die großen Verdienste von Friedrich Engels zu seinem 200. Geburtstag hervor und stellen unter Beweis, dass die Lehren von Marx und Engels ihre Gültigkeit bis heute nicht verloren haben. Wir verteidigen den Marxismus, die Ideologie der internationalen Arbeiterklasse, in seiner heutzutage höchsten Stufe, dem Maoismus, gegen die bürgerlichen Intrigen und revisionistischen Angriffe. So werden die Kommunisten, die sich auf der ganzen Welt formieren, einen Schritt nach vorne in ihrer Einheit machen und auf dem Weg der Revolution unter dem Banner des großen Friedrich Engels voranschreiten! •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM DEZEMBER

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Popular - Linkes Zentrum iadelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

